

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, Enrico Komning, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Sebastian Münzenmaier, Bernd Schattner, Kay-Uwe Ziegler, René Bochmann, Marcus Bühl, Kay Gottschalk, Martin Hess, Jörn König, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Wolfgang Wiehle und der Fraktion der AfD**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 20/7800, 20/7802, 20/8609, 20/8661, 20/8662, 20/8663 –**

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des  
Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024  
(Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)**

**hier: Einzelplan 09**

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Im Einzelplan 09 werden im Vergleich zum Regierungsentwurf die folgenden Haushaltstitel ersatzlos gestrichen:
  - a) 0901-69701 „Ausgaben im Zusammenhang mit dem Beteiligungserwerb und der -verwaltung von CureVac“, weil es keinen Grund für eine weitere Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Unternehmen gibt.  
./ 1.000.000 Euro
  - b) 0901-68611 „Zukunftsfonds Automobilindustrie“, weil die sogenannte „Transformation“ der Versuch ist, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 81.864.000 Euro
  - c) 0901-89321 „Innovationsquartier Oldenburg“, weil regionale Wirtschaftsförderung Kommunal- und Länderangelegenheit ist.  
./ 10.800.000 Euro
  - d) 0902-68605 „Fachkräftesicherung für kleine und mittlere Unternehmen“, weil hierdurch aktiv Einwanderer aus fremden Kulturkreisen angeworben werden, die vorhandene Integrationsprobleme verschärfen.  
./ 19.518.000 Euro

- e) 0902-68611 „Bundeswettbewerb Zukunft Region“, weil dieser die Umsetzung der sogenannten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fördert, die der Wirtschaft schadet.  
./ 7.063.000 Euro
- f) 0902-686 12 „Förderung gemeinwohlorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen (Social Entrepreneurship)“, weil dieser Haushaltstitel Förderzwecke ohne volks- oder betriebswirtschaftlichen Nutzen verfolgt.  
./ 31.950.000 Euro
- g) 0903-53141 „Klimaschutzkampagne“, weil die vorgeschlagenen wirkungslosen, zumindest als weit unverhältnismäßig anzusehenden Maßnahmen weit mehr Schaden als Nutzen bewirken und somit die Klimaschutzkampagne als rein ideologisch motivierte Kampagne abzulehnen ist.  
./ 3.456.000 Euro.
- h) 0903-53142 „Maßnahmen zur Klimaneutralisierung von Dienstreisen und Dienstfahrten sowie Veranstaltungen der Bundesregierung und der Bundesverwaltung“, weil die vorgeschlagenen wirkungslosen zumindest als weit unverhältnismäßig anzusehenden Maßnahmen somit einer nutzlosen Klimaschutz-Ideologie dienen.  
./ 20.750.000 Euro
- i) 0903-53242 „Behörden-spezifische fachbezogene Verwaltungsausgaben (ohne IT)“, weil die hierdurch alimentierten Gremien einer nutzlosen Klimaschutz-Ideologie dienen.  
./ 2.575.000 Euro
- j) 0903-68608 Reallabore der Energiewende, weil die sogenannte „Energiewende“ gescheitert ist, zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ der Versuch ist, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 101.456.000 Euro
- k) 0903-68642 „Klimaschutzprogramm 2030, Klimaschutzplan 2050, Maßnahmenprogramme“, weil die sogenannte „Energiewende“ gescheitert ist, zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ der Versuch ist, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 12.800.000 Euro
- l) 0903-68690 „Stiftung Umweltenergierecht“, weil die sogenannte „Energiewende“ gescheitert ist, zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ der Versuch ist, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 4.400.000 Euro
- m) 0903-68691 „Klima-Allianz“, weil die sogenannte „Energiewende“ gescheitert ist, zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ der Versuch ist, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 1.200.000 Euro

- n) 0903-51131, 51731, 51832, 68733, 81231 Zuwendungen an die Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA), weil diese sich der sogenannten „Energiewende“ widmet, die offensichtlich gescheitert ist und zur Deindustrialisierung Deutschlands ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können.  
./ 10.174.000 Euro
- o) 0903-53245 „Internationale Zusammenarbeit“, weil dieser Titel sich der planwirtschaftlichen Umsteuerung des „Kohlenstoffmarktes“ im Rahmen der sogenannten „Energiewende“ widmet, die offensichtlich gescheitert ist und zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können.  
./ 25.700.000 Euro
- p) 0903-54441 „Forschung, Untersuchungen und Ähnliches“, weil dieser Titel einer nutzlosen Klimaschutz-Ideologie gewidmet ist, diese gescheitert ist und zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ als der Versuch, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen, insgesamt zu schweren ökonomischen und gesellschaftlichen Beeinträchtigungen führt.  
./ 5.300.000 Euro
- q) 0903-68606 „Zuschüsse an Vereine der Energiewende“, weil die sogenannte „Energiewende“ gescheitert ist, zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ der Versuch ist, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 1.678.000 Euro
- r) 0903-68741 „Multilaterale Initiativen zum Klimaschutz“, weil dieser Titel einer nutzlosen Klimaschutz-Ideologie gewidmet ist, diese gescheitert ist und zur Deindustrialisierung Deutschlands führt, ohne globalen Klimaänderungen Einhalt gebieten zu können und die sogenannte „Transformation“ als der Versuch, mit planwirtschaftlichen Methoden die Wirtschaft grundlegend umzustrukturieren, um linke Ideologien zum gesamtgesellschaftlichen Schaden umzusetzen.  
./ 3.000.000 Euro
- s) 0903-89641 „Investitionen zum Schutz des Klimas und der Biodiversität im Ausland“, weil die Maßnahmen der nutzlosen Klimaschutz-Ideologie dienen und sinnvolle Maßnahmen zur Biodiversität in Entwicklungsländern im Einzelplan 23, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, erfolgen sollten.  
./ 685.006.000 Euro
- t) 0904-68710 Wirtschaftsfonds Afrika, weil die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung obliegt, dort bereits entsprechende Mittel eingeplant sind und die Aussage der Bundesregierung, dass im Gegensatz zu Entwicklungshilfeprojekten der Wirtschaftsfonds Afrika funktionierende volks- und betriebswirtschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen voraussetze, angesichts der Realität in der überwiegenden Anzahl der afrikanischen Staaten weltfremd ist, da dort diese Strukturen und Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind oder angesichts der endemischen Korruption nicht angewendet werden.  
./ 10.000.000 Euro

- u) 0904-68611 „Energiepolitische Zusammenarbeit mit der Ukraine“, weil diese ursprünglich als Kompensation für den Betrieb von Nord Stream 2 vorgesehen war. Das gegenwärtige internationale Sanktionsregime, auch der Bundesregierung, machen diese Kompensationszahlungen an die Ukraine obsolet.  
./ 60.750.000 Euro
  - v) 0910-54101 „Kommunikative Begleitung und Evaluation wirtschafts-, energie- und technologiepolitischer Vorhaben“, weil hieraus verzichtbare Werbekampagnen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz für klimapolitische Ziele auf Kosten der Steuerzahler finanziert werden.  
./ 4.552.000 Euro
  - w) 0910-68311 Innovation Persönliche Schutzausrüstung (PSA), weil die Corona-Pandemie de facto vorüber ist und keine Gefährdung der Bevölkerung mehr darstellt und auf kostspielige Maßnahmen im Rahmen des COVID-19-Programms verzichtet werden kann.  
./ 21.000.000 Euro
  - x) 0910-68313 „Produktion und Entwicklung von Hilfsstoffen für mRNA-Therapeutika“, weil die Produktion und Entwicklung von Hilfsstoffen für Medikamente nicht Teil der Wirtschaftspolitik sind, sondern Bestandteile der Forschungs- und Gesundheitspolitik.  
./ 20.000.000 Euro
2. Im Einzelplan 09 werden im Vergleich zum Regierungsentwurf die folgenden Haushaltstitel reduziert:
- a) Der Haushaltstitel 0901-68311 „Verkehrstechnologien“ wird um 37.910.000 Euro auf 37.910.000 Euro reduziert und somit halbiert und sollte unter Verzicht auf Projekte zur „sozial-ökologischen Transformation“ vorrangig für die Entwicklung von praxistauglichen und international wettbewerbsfähigen Technologien verwendet werden.  
./ 37.910.000 Euro
  - b) Der Haushaltstitel 0901-89210 „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ wird insgesamt um 12.300.000 Euro auf 24.700.000 Euro reduziert, wobei Projekte zu streichen sind, die im Zuge der „Energiewende“ den Ausbau der Offshore-Windenergieindustrie zum Zweck haben. Angesichts der zunehmenden Belastung der Energiewirtschaft durch volatile – also unzuverlässige – Einspeiser im Zuge der gescheiterten Energiewende sowie der bereits jetzt überzogenen Errichtung von Offshore-Windparks in Naturschutzgebieten und anderen ökologisch neuralgischen Zonen sind derartige Projekte zukünftig nicht mehr zu fördern.  
./ 12.300.000 Euro
  - c) Der Haushaltstitel 0901-89211 „Zukunftsinvestitionsprogramm für Fahrzeughersteller und die Zulieferindustrie sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekte für transformationsrelevante Innovationen und regionale Innovationscluster“ wird insgesamt um 61.126.000 Euro auf 244.505.000 Euro reduziert, weil die Auswertung der bisherigen Mittelvergaben gezeigt hat, dass eines der fünf geförderten Programme die Transformation der Fahrzeugindustrie fördert. Es ist nicht Aufgabe des Staates die Wirtschaft zu transformieren und hierfür Steuerzahlergeld zu nutzen.  
./ 61.126.000 Euro

- d) Der Haushaltstitel 0902-52602 „Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen“ wird um 10.000.000 Euro auf 10.691.000 Euro reduziert, da bisher aus diesem Titel im Rahmen der Energiewende Ausgaben für Ausarbeitungen und Sachverständige im Bereich Strom und Netze und für den Betrieb der Clearingstelle EEG/KWKG geleistet werden, die wegen des offensichtlichen Scheiterns der Energiewende verzichtbar sind. Die verbleibenden Mittel sollen im Bereich Netze und Netzplanung eingesetzt werden.  
./ 10.000.000 Euro
- e) Die Haushaltsmittel des Titels 0903-68301 „Energieforschung“ werden auf 400 Mio. Euro beschränkt und umgewidmet für Forschung, Entwicklung und Investitionen in neue anwendungsbezogene Nuklearforschung, synthetische Kraftstoffe, die Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise und die Wiederherstellung der Energieversorgungssicherheit.  
./ 167.034.000 Euro
- f) Die Haushaltsmittel des Titels 0904-68705 „Erschließung von Auslandsmärkten“ werden auf 93.500.000 Euro reduziert, weil spezielle Aspekte des Themenkreises der „sozial-ökologischen Transformation“ wegen Sinn- und Wirkungslosigkeit verzichtbar sind und die Förderung der Einwanderung kulturfremder Menschen nach Deutschland die bestehenden Probleme nicht löst, sondern verschärft. Vorrangig zur Lösung des Fachkräftemangels ist die Umsteuerung des Bildungssystems hin zu technischen und Handwerksberufen, die Aktivierung und Qualifizierung von Menschen aus der Sozialhilfe heraus und die Unterstützung der Modernisierung der Wirtschaft.  
./ 22.502.000 Euro
- g) Die Haushaltsmittel im Kapitel 0915 der Titel 42281, 42789, 42881, 53989 und 81283 zu geowissenschaftlichen Untersuchungen zur Speicherung von Kohlenstoff-Verbindungen werden um jeweils 50 Prozent auf insgesamt 995.000 Euro gekürzt. Eine Notwendigkeit zur Speicherung von CO<sub>2</sub> bzw. für das KSpG (Kohlenstoffspeicherungsgesetz) besteht nicht. Stattdessen ist mit Blick auf die Energieversorgungskrise die verstärkte Bevorratung und die Erschließung unkonventioneller Quellen von kohlenwasserstoffhaltigen Energieträgern zu priorisieren. Stattdessen sollte unter diesem Haushaltstitel die Untersuchung solcher geologischen Fragestellungen erfolgen. Da es hier Überschneidungen mit Aktivitäten der entsprechenden privaten Akteure gibt, sollte der Umfang auf die Informationsgewinnung für strategische Planungen zur Energierohstoffversorgung beschränkt bleiben.  
./ 992.000 Euro
3. Im Einzelplan 09 werden im Vergleich zum Regierungsentwurf die folgenden Haushaltstitel erhöht:
- a) Der Haushaltstitel 0901-68301 „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM), Innovationsprogramm für Geschäftsmodelle und Pionierlösungen (IGP)“ wird um 73.400.000 Euro auf 700.000.000 Euro erhöht, weil das ZIM für KMU von besonderer Bedeutung ist, um mit neuen Trends und Entwicklungen mithalten zu können und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und weil angesichts dieser besonderen Bedeutung mindestens eine Anhebung auf den Planwert von 2023 in Höhe von 700 Mio. Euro erforderlich ist.  
+ 73.400.000 Euro

- b) Der Haushaltstitel 0901-68601 „Industrieforschung für Unternehmen“ wird um 6.924.000 Euro auf 256.035.000 Euro erhöht, weil die der Produktentwicklung vorgelagerte Forschung für den industriellen Mittelstand wichtig ist, um mit neuen Trends und Entwicklungen mithalten zu können und seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und daher die geplante Kürzung in dieser Höhe nicht akzeptabel ist.  
+ 6.924.000 Euro
- c) Der Haushaltstitel 0901-88626 „Souveräne Dateninfrastruktur und Künstliche Intelligenz“ wird um 2.440.000 Euro auf 54.540.000 Euro erhöht, weil das Projekt Gaia-X in den kommenden Jahren marktreif werden und einen neuen Standard im Cloudcomputing etablieren soll und daher die durch die Bundesregierung geplante Kürzung abzulehnen ist.  
+ 2.440.000 Euro
- d) Der Haushaltstitel 0902-68604 „Berufliche Bildung für den Mittelstand – Lehrlingsunterweisung“ wird um 10.805.000 Euro auf 70.000.000 Euro erhöht, weil die überbetriebliche Lehrlingsunterweisungen es kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben ermöglichen, die fachliche Ausbildung auch für Bereiche durchzuführen, die sie selbst nicht im Unternehmen verfügbar haben und durch diese Möglichkeit der gemeinsamen Ausbildung mehr Lehrlinge ausgebildet werden können, was dem Fachkräftemangel entgegenwirkt, weswegen der Planansatz für 2023 beizubehalten, statt zu kürzen ist.  
+ 10.805.000 Euro
- e) Der Haushaltstitel 0902-89301 „Berufliche Bildung – Fortbildungseinrichtungen“ wird um 20.000.000 Euro auf 57.020.000 Euro erhöht, weil die bisherige, volkswirtschaftlich schädliche Bildungspolitik hin zu immer mehr unproduktiven Studiengängen, z. B. bei den Sozialwissenschaften, korrigiert werden muss, die Umschulung und Fortbildung hin zu handwerklichen Berufen dazu beiträgt, jungen Menschen wieder die Perspektive auf ein sinnvolles, erfülltes Berufsleben zu eröffnen und das Handwerk zu stärken und die durch die Bundesregierung betriebene Stagnation der Mittel für diesen Titel daher zu beenden ist.  
+ 20.000.000 Euro
- f) Der Haushaltstitel 0902-686 07 „Innovative Unternehmensgründungen“ wird um 6.000.000 Euro auf 176.856.000 Euro erhöht, weil sich in der bestehenden Wirtschaftskrise die Finanzierungsbedingungen für Start-Ups verschlechtert haben und es daher unangemessen ist, den bisherigen Planansatz zu verringern.  
+ 6.000.000 Euro
- g) Der Haushaltstitel 0910-54403 „Maßnahmen zum Bürokratieabbau sowie zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie“ wird um 7.950.000 Mio. Euro auf 15.900.000 Euro erhöht und somit verdoppelt, weil die derzeit durch die Bundesregierung geplante Erhöhung des Etats von 1.200.000 Euro auf 7.950.000 zwar zeigt, dass sie ihre Handlungsdefizite erkannt hat, aber auch offenbart, dass sie sich der Größe der Aufgabe augenscheinlich immer noch nicht bewusst ist, die für die Zukunft der deutschen Wirtschaft eine fundamentale Bedeutung hat.  
+ 7.950.000 Euro

- h) Der Haushaltstitel 0910-68312 „Pandemievorsorge/Nationale Reserve Gesundheitsschutz“ wird um 16.022.000 Euro auf den bisherigen Ansatz von 23.000.000 Euro erhöht, weil für einen etwaigen Pandemiefall laufend vorgesorgt werden sollte, um kurzfristigen Überlastungen vorhandener medizinischer Kapazitäten vorzubeugen und die durch die Bundesregierung geplante Kürzung sachlich nicht gerechtfertigt ist.  
+ 16.022.000 Euro
4. Im Einzelplan 09 werden im Vergleich zum Regierungsentwurf die folgenden Haushaltstitel neu hinzugefügt:
- a) 0915-68662 [Neu] „Bildung einer Reserve strategischer Materialien“, wofür im Gegenzug der Titel 686 35 „Rohstoffe für die Transformation“ im Wirtschaftsplan des aufzulösenden Wirtschaftsplans des „Klima- und Transformationsfonds (Kap. 6092) mit bisher geplanten 24.196.000 Euro gestrichen wird, um die Bevorratung mindestens eines Jahresbedarfs der deutschen Wirtschaft an strategischen Materialien zu finanzieren und die Resilienz gegen Lieferkettenprobleme zu erhöhen.  
+ 75.804.000 Euro
- b) 0915-68663 [Neu] „Ressourceneffizienz und -substitution“, wofür im Wirtschaftsplan des aufzulösenden Wirtschaftsplans des „Klima- und Transformationsfonds (Kap. 6092) mit bisher ebenfalls geplanten 129.000.000 Euro gestrichen, weil Effizienzsteigerungen beim Ressourceneinsatz und Substitutionsmöglichkeiten geeignet sind, Importabhängigkeiten zu verringern und dazu beitragen können, die Resilienz gegen Lieferkettenprobleme zu erhöhen, was beides legitime Förderziele sind, da sie der Souveränität Deutschlands dienen.  
+ 0 Euro

Berlin, den 23. Januar 2024

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Der Einzelplan 09 soll einen maßgeblichen Beitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Wiederherstellung konjunktur- und finanzpolitischer Handlungsspielräume des Bundes leisten. Dies wird durch die beantragten Änderungen am Einzelplan 09 im Umfang von mehr als 1,2 Milliarden Euro bzw. Netto-Ersparnissen von 11,3 Prozent im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz erreicht.

Die Wirtschafts- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung hat Deutschland in eine strukturelle Rezession gestürzt. Die Deindustrialisierung Deutschlands ist in vollem Gange. Das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute aus dem September 2023 (<https://gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/>) hat schonungslos das Scheitern der Bundesregierung bestätigt, indem es auf Seite 10 feststellt: „Hinzu kommt, dass die Politik der Bundesregierung Unternehmen und Haushalte massiv verunsichert; dies erschwert ökonomische Planungen und trägt dazu bei, dass die Konjunktur nicht zügig aus dem Abschwung herausfindet.“

Die vom Bundesverfassungsgericht am 15. November 2023 festgestellte verfassungswidrige Haushaltspolitik der Bundesregierung hat Haushalte und Unternehmen zusätzlich verunsichert ([www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/bvg23-101.html)).

Soll Deutschland aus der selbstgemachten Strukturkrise herauskommen, müssen die Ausgaben des Staates drastisch gesenkt werden. Die Bundesregierung muss die Handlungsfreiheit von Unternehmern und Bürgern wieder

herstellen, durch die gescheiterte „Klimarettungspolitik“ geschaffene Marktverzerrungen und -verwerfungen bereinigen und die „sozial-ökologische Transformation“ beenden. Der Bundeshaushalt hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Problem mit sinnlosen Ausgaben für ideologische Projekte.

Durch konsequente Kürzung ideologisch bedingter Ausgaben kann der Bundeshaushalt massiv entlastet werden. Dies eröffnet Spielräume zur Senkung von Schulden und Steuern. Es werden auch Spielräume für Ausgaben an anderer Stelle ermöglicht, die volkswirtschaftlich einen tatsächlichen Nutzen versprechen, wie die Stärkung der beruflichen Bildung in Mittelstand und Handwerk gegen den Fachkräftemangel, Forcierung des Bürokratieabbaus und die Vermeidung von Lieferengpässen in Krisenlagen.